

Resolution: Keine Einschränkung der Bürgerbeteiligung in der Gesetzgebung zur „Vereinheitlichung und Beschleunigung von Planfeststellungsverfahren“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zur Sitzung am 03.02.2011 stellt DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf folgenden Antrag:

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf fordert die Bundesregierung auf, den vom Bundesinnenministerium erarbeiteten Gesetzentwurf zur „Vereinheitlichung und Beschleunigung von Planfeststellungsverfahren“ mit seinem bisher bekannt gewordenen Inhalt zurückzuziehen.

Sollte dieser Gesetzentwurf dennoch von der Bundesregierung in den Deutschen Bundestag eingebracht werden, fordert der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf alle Abgeordneten des Deutschen Bundestag auf, dem geplanten Gesetzentwurf abzulehnen.

Begründung:

Ein Planfeststellungsverfahren wird immer dann angesetzt, wenn es sich um ein komplexes Planungsvorhaben von übergeordneter Bedeutung handelt. Ein solches Planungsvorhaben kann ein Flughafen oder ein Bahnhof, eine Wasserstrasse oder eine Autobahn oder aber auch ein Endlager für Atommüll sein. Das alles sind Projekte, die in die Substanz der Natur eingreifen und die Belange von Hunderttausenden Menschen betreffen. Der Sinn eines solchen Verfahren ist es, die BürgerInnen ordentlich anzuhören und ihre Einwände und Bedenken entsprechend zu berücksichtigen. Ein solches Verfahren sollte nicht zur Rechtfertigung getroffener Entscheidungen der Behörden gegenüber dem/ der Bürger/ Bürgerin dienen.

Der jetzt zu beratende Gesetzentwurf, der die bisher in zahlreichen Gesetze verstreuten Regeln zusammenfasst, sieht unter anderem vor, den bisher zwingend vorgesehenen Erörterungstermin zu einer Ermessenssache der Behörden zu machen. Dies wird damit begründet, dass der Erörterungstermin nicht als Demonstrationsbühne für Querulanten zu missbrauchen. Außerdem soll die Frist für Einwendungen verkürzt werden.

Im vorgelegten Gesetzentwurf wird das Misstrauen der BürgerInnen gegenüber den Behörden und Verwaltungen verstärkt. Es fehlt die Erkenntnis, dass die Verwaltungen den BürgerInnen zu dienen haben und nicht der Wirtschaft und ihren Verbänden, die meist als Gewinner aus den Großprojekten gehen. Ein Gesetz zum Planfeststellungsverfahren muss die Rechte der BürgerInnen stärken und nicht einschränken. Ansonsten wird die Legitimation der politisch Handelnden weiter sinken, was sich jetzt schon regelmäßig an den Wahlbeteiligungen ablesen lässt. Das sehen selbst konservative Politiker wie der ehemalige Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, so: „Diese Art von Politik führt dazu, dass die Bürger den Konsens verweigern, weil über ihre Köpfe hinweg entschieden wird“ und „Das ist das Gegenteil dessen, was man heute machen muss.“